

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis: Einzelheft 10,50 M., monatlich 3,50 M., ...

Einzelgenusspreis: Die achtgepolte Kompositionelle ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Sonnabend, den 22. November 1919. Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die neuen Steuern.

Die Neuregelung unseres gesamten Steuerwesens spiegelt sich in den beiden Vorlagen, die nunmehr dem Reichsrat zugegangen sind. Danach wird zunächst die Einkommensteuer auf eine völlig neue Basis gestellt, indem an Stelle der bisherigen Einkommensteuer mit ihren Ausschlägen eine einzige Reichseinkommensteuer tritt.

Als auch bei der neuen Reichseinkommensteuer wendet der Einkäufer seine besondere Liebe den geringeren Einkommen zu, indem er sie bei der Staffelung den höheren Stufen gegenüber benachteiligt. Das läßt sich insofern nicht ganz umgehen, als jede Staffelung, Schritte sie selbst zur Konfiskation ganz hoher Einnahmen, also bei 100 Prozent, einmal ihr Ende findet.

Wie sieht nun die Einkommensteuer in ihrer Wirkung aus? Wir bringen dazu folgende Gegenüberstellung.

Table with 4 columns: Steuerpflichtiges Jahreseinkommen, Steuerbetrag, Steuerpflichtiges Jahreseinkommen, Steuerbetrag. Rows show income levels from 1000 to 8000 M. and corresponding tax amounts.

Steuerfrei bleibt jedes Einkommen unter 1000 M. Hierzu kommt jedoch für die zweite Person im gleichen Haushalt ein steuerfreier Betrag von 500 M., für jede weitere Person 300 M. Ein Ehepaar mit einem Kinde hat also 1800 M., mit 6 Kindern 3300 M. steuerfreies Einkommen.

Dies muß unbedingt ein Ausgleich geschaffen werden! Die Grenze der steuerlichen Erfassung darf nicht so weit unter dem Existenzminimum liegen, daß Renteneempfänger, Kriegsbeschädigte u. a. davon betroffen werden.

Was in allem stellt sich das vorgeschlagene Einkommensteuersystem bei Einkommen unter 12000 M. noch etwas günstiger dar als das jetzige, wenn man die heutigen Gemeindefiskuslagen zur Einkommensteuer mit berücksichtigt.

Der Kapitalertragsteuer deren erster Entwurf sehr abfällig abgelehnt worden ist taucht in neuem Gewande wieder auf. Auch jetzt hat er noch bedenkliche Schönheitsfehler.

Triumphator Clemenceau.

Die neue französische Kammer wird am 8. Dezember zusammentreten, und zwar unter dem Vorsitz ihres Alterspräsidenten, des Großkaufmanns Siegfried aus Le Havre, eines geborenen Elässers. Der Eintritt der elässischen Abgeordneten in die Kammer soll besonders gefeiert werden.

Verhandlungen in Paris.

Am kommenden Dienstag wird die erste Zusammenkunft der Ententevertreter mit der deutschen Delegation stattfinden, die mit der Unterzeichnung des Protokolls, betreffend die Nichterfüllung des Waffenstillstandsabkommens, beauftragt ist.

Das Wiener Elend.

Das deutschösterreichische Volksernährungsamt ist an die deutsche Regierung herangetreten, 10 000 Tonnen Getreide aus Südbaharischen Lagern gegen Rückerstattung aus der Ladung eines für Oesterreich auf der Fahrt befindlichen Getreidedampfers, der Ende Dezember oder Anfang Januar in Rotterdam eintreffen wird, zu leihen.

Ein Lebensmittelzug aus Holland, der aus 19 Waggons besteht, ist in Wien eingetroffen. Es handelt sich um eine große Lebensmittelspende Hollands für bedürftige Wiener Kinder und Spitalkranke.

Die Gerüchte, daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung unter dem Druck ententistischer Kreise oder aus parteipolitischen Motiven aus dem Kabinett auszuschleichen beabsichtigen, entbehren schon bedingender Begründung.

Der Verkauf der Kunstwerke wurde infolge Protestes der Reparationskommission aufgegeben.

Kommens. Nur bei Einkommen aus Dividenden steigt der Steuerbetrag auf 20 Proz. Der Grund für diese Benachteiligung des Dividendeneinkommens ist gar nicht ersichtlich. Die hohe Besteuerung der Dividenden muß die Säure vor der Anlage von kleinen Kapitalien in Industripapieren nur verstärken.

Prinzipien des Demokraten Golthein sogar ein besonderes Verdienst ist. Ein wirksames Gegenmittel bietet aber das Verbot sogenannter einmaliger Ausschüttungen wie Bonus- und radikale Besteuerung aller Formen der Kapitalverwertung.

Dann aber können die 50-Proz.-Dividenden aufhören, indem Ubergewinne bis zu 90 Proz. besteuert werden, und der Reichsfinanzminister bekommt vielleicht auch genug Geld, um keine Hungertoten mit der Reichseinkommensteuer zu belasten.

Im Spiegel des Auslands.

Das junge republikanische Deutschland hat das Mißgeschick, mit seinem ehrlichen Streben nach Demokratie, Selbstbestimmung und Befreiung von den autokratischen Banden im Ausland sehr oft nicht verstanden und beachtet zu werden.

Ein besonders markantes Beispiel für irreführende Mitteilungen solcher Art war es, als kürzlich die deutschschweizerische Presse von dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung als einer „Staatskommission“ sprach und der Berliner Korrespondent des „Journal de Geneve“ noch unglücklicher davon berichtete, daß der Untersuchungsausschuß von der Regierung eingeleitet und mit Mitgliedern besetzt sei.

Diesen besonders gravierenden Fall hat Genosse Dr. Quard-Frankfurt a. M. als Vorsitzender des ersten Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung dazu benutzt, um dem der französischen Presse sehr nahestehenden Genfer Blatt eine Zuschrift zu senden, die das „Journal de Geneve“ in seiner Nummer vom 10. November d. J. vollständig abdruckt und der wir — nach der Übersetzung aus dem französischen Text — folgendes entnehmen:

Der Verfasser weist zunächst auf den mißverständlichen Charakter des Berichtes, welchen der Berliner Korrespondent des Blattes am 27. Oktober über den Untersuchungsausschuß diesem sandte, hin. Der Ausschuß werde nicht von der Regierung, sondern nach Artikel 34 der Verfassung vom Parlament ernannt. Das Volk sei der Herr, und die Regierung handle nach dem Willen des Volkes.

Es ist zu begrüßen, daß das der Pariser Entente-Pressen so nahestehende Blatt dieser berichtigenden Ausführungen, ohne Kürzung, Raum gewährt. Es mag dies ein Zeichen für das Wiedererwachen gegenseitigen Verständnisses der demokratischen Presse aller Länder sein.

Zur Hebung unserer Valuta.

Im Reichswirtschaftsministerium haben in der letzten Zeit Besprechungen stattgefunden über Maßnahmen zur Hebung unserer Valuta. Das Ergebnis dieser Besprechungen zeigte sich in einer gewissen Geneigtheit der maßgebenden Stellen, zu dem Mittel von Ausfuhrzöllen zu greifen.

Der Hauptverband der deutschen Industrie, der sämtliche nachgehenden Organisationen unserer Industrie umfaßt, war Freitag in Berlin verammelt, um die gleiche Angelegenheit zu beraten. Das Ergebnis dieser Beratungen ist von großer Bedeutung für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Die diesem Hauptverband angeschlossenen Industrien haben sich sämtlich bereit erklärt, im Wege der Selbstverwaltung die Ein- und Ausfuhr zu kontingentieren, um dadurch den Stand unserer Valuta zu bessern, die planlosen Einkäufe im Auslande zu verhindern und dem Verschleudern deutscher Waren nach dem Auslande vorzubeugen.

### Rebellierende Demokraten.

Dass die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses diesen schwer auf die Nerven fallen würden, war voraussehen, und insbesondere ist es nicht verwunderlich, daß diejenigen, die durch den Fortgang der Untersuchungen mehr und mehr eingekreist und belastet werden, Mutanfälle erleiden würden, wovon wir täglich in der alldeutschen Presse hübsche Beispiele sehen können. Ueberwiegend ist es schon, wenn Parteianhänger derer, die mit im Untersuchungsausschuss sitzen, gegen diesen Front machen, wie es jetzt seitens der bayerischen Demokraten geschehen ist.

Der Landesvorstand Bayerns nahm nämlich eine Resolution an, in der er zum Ausdruck brachte, durch den Untersuchungsausschuss würden die Leidenschaften aufgeheizt und — die nationale Würde stark geschädigt. Die Entscheidung darüber, von wem die Leidenschaften aufgeheizt werden, ob durch das unverschämte und herausfordernde Verhalten der Helfferich, Dudenorff und Konsorten oder durch die ruhig sachliche Verhandlungsart der Ausschusssmitglieder, überlassen wir denjenigen Lesern, die durch das Geheul und Geflöß der nationalistischen Presse in ihrer Denkfähigkeit noch nicht geschwächt sind. Das Argument von der nationalen Würde ist nicht ganz neu; jedoch haben wir es bisher von unseren Nationalisten meist dann vorbringen hören, wenn sie durch ihr provozierendes Verhalten die nationale Würde beschmutzt und besudelt hatten. Was wird der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, der Abgeordnete Gothein, Mitglied der Deutschdemokratischen Partei, zu dem Verlangen seiner bayerischen Parteigenossen eines Austritts aus dem Ausschuss sagen? Man merkt eben den Demokraten an, daß sie den Mangel an Disziplin, der schon früher eine bemerkenswerte Eigenschaft von ihnen war, bis jetzt noch nicht abgelegt haben.

### Alte und neue Legenden.

Die „Freiheit“ muß eine neu aufgekommene unabhängige Geschichtslegende zu ihrem großen Leidwesen widerlegen. Aus dem Niederruf auf Ledebour vor dem Reichstag und der anschließenden Prügelei hatte die unabhängige Presse ein „mißglücktes Attentat auf Ledebour“ gemacht. Jetzt teilt Ledebour in der „Freiheit“ selber mit, daß der Vorfall ganz harmlos gewesen sei und er selbst von einem Attentat auf sich nichts wahrgenommen habe. Die „Freiheit“ entschuldigt die Legende mit der anderen Lüge, daß doch Gothein von der Reaktion — nämlich von dem unabhängigen Arbeiterleiter Bohl — ermordet worden sei.

Für diese gestörte Legende baut die „Freiheit“ eine neue Legende auf, nämlich über die Dinge, die sich am 22. November 1918 vor dem Polizeipräsidium zugetragen haben. Da hier schon ein volles Jahr vergangen ist, ist das Legendenbauwerk natürlich bedeutend leichter. Der Vorgang war in Wahrheit folgender: In einer Versammlung in den Pbarsulzen, in der Karl Liebknecht sprach, wurde beschlossen, die Gefangenen des Polizeipräsidiums zu befreien. Ein unbekannt gebliebener Medner forderte die Menge auf, erst nach Hause zu gehen und sich Waffen zu holen und sich dann auf dem Alexanderplatz zu treffen. Das geschah.

Schwer bewaffnet zogen etwa 1000 Mann nach dem Polizeipräsidium und verlangten dort Einlaß. Da die Bedrohung inzwischen gemeldet war, schickte die Kommandantur ein Bataillon mit etwa 25 Mann dem Polizeipräsidium zu Hilfe. Das Eintreffen dieser Soldaten verlegte die Menge in Wut. Es wurde aus ihrer Mitte geschossen und ein im Polizeipräsidium befindlicher Sicherheits-Soldat getötet. Die Lüge der „Freiheit“, daß zuerst auf die Menge geschossen worden sei, widerlegt sich dadurch, daß der einzige Tote und Verwundete des Zusammenstoßes jener Sicherheits-Soldat des Polizeipräsidiums ist. In derselben Nacht wurden dann von der Menge tatsächlich die Gefangenen der Stadtvogtei befreit und etwa 50 gemeine Verbrecher, hauptsächlich Brotkartensältscher, Lebensmittelstrolche usw. keine politischen Gefangenen, in Freiheit gesetzt.

Selbstverständlich hat der „Vorwärts“ gegen diese Vorfälle protestiert und auf die Schuld des Spartakusbundes an diesem ersten Blutvergießen nach der Revolution hingewiesen. Die „Freiheit“ behauptet, wir hätten damals zum erstenmal das „Stichwort zur Ermordung Liebknechts“ gegeben. Wir wollen hier wörtlich zitieren, wie dieses „Stichwort“ ausah. Der „Vorwärts“ schrieb:

Wir wollen keine Gewalt und kein Blutvergießen. Und darum wenden wir uns nochmals an die Anhänger der Spartakusgruppe selbst und appellieren an ihre Vernunft und ihr Gewissen. Niemand will ihnen die Freiheit verwehren, in Wort und Schrift ihre Überzeugung zu veröffentlichen, aber wenn sie sich das Recht herausnehmen, nicht auf Majoritäten, sondern auf Gewehr gestützt, nach ihrem Willen zu regieren — was dann? Dürfen sie von uns erwarten, daß wir mit weniger Mut für unsere Überzeugung eintreten werden, als sie, für die ihre?

Es wird dann ausgeführt, daß ein Sieg des Spartakusbundes den völligen Verfall bedeuten würde, und der Artikel schließt:

Die Millionen der Stadt Berlin müssen den paar tausend Anhängern Liebknechts so laut und deutlich sagen, daß sie sich keinen Tag von ihnen regieren lassen wollen. Das ist das einzige Mittel, sie zur Besinnung zurückzubringen, es muß mit aller Energie angewendet werden.

Der Artikel enthält also nichts als einen fortgesetzten Appell an Vernunft und Einsicht. Er drückt die Hoffnung aus, durch die friedliche Willensfindung der Massen, den Spartakusbund und Liebknecht von gewalttätigen Tritten abzuhalten. Daraus mag die Geschichtsfälschung der „Freiheit“ ein „Stichwort zur Ermordung Liebknechts“ zu machen. Eine plumpe Lüge, um die unbestreitbare Tatsache zu maskieren, daß das erste Blutvergießen nach der Revolution durch den Spartakusbund hervorgerufen worden ist.

### Helfferich berichtet.

Zu unserer Notiz „Helfferich einst und jetzt“ in der Abendausgabe vom 20. November sendet uns Herr Helfferich nachstehende Berichtigung:

Es ist unrichtig, daß Dr. Helfferich im August 1918 aus den in dem Artikel „Helfferich einst und jetzt“ angegebenen Gründen seiner persönlichen Sicherheit Moskau verlassen hat. Richtig ist vielmehr folgendes:

1. Dr. Helfferich hat es gegenüber dem Auswärtigen Amt ausdrücklich abgelehnt, aus Gründen seiner persönlichen Sicherheit von Moskau wegzugehen;
2. Dr. Helfferich hat Moskau erst verlassen, nachdem er von dem ihm damals vorgesetzten Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, mit dem er über die gegenüber der russischen Bolschewisten-Regierung zu besorgende Politik in Meinungsverschiedenheiten geraten war, den ausdrücklichen Befehl erhalten hatte, alsbald zur mündlichen Berichterstattung nach Berlin zu kommen.

eine dadurch zu erzielen, daß man in die dazu geeigneten Theater große Filmtheater einbaute und daß man für kleinere Orte Stadtheater gründete. Durch die letztgenannte Maßnahme würden zahlreiche Kräfte verwertet werden können, die heute brach liegen müssen.

Zur Lösung aller dieser Aufgaben ist es notwendig, daß die staatlichen und städtischen Behörden in enge Verbindung mit den freien Volkstheatern treten, welche bis jetzt die einzige Organisationen sind, die das Kunstkonsumenteninteresse nach außen hin vertritt. Die Volkstheater aber sollten das Volk zu der Anschauung erziehen, daß das Theater eine Lebensnotwendigkeit ist. Dann werden auch die bisher stillos eingestellten Behörden ihre Grundzüge ändern. Sie werden einsehen lernen, daß es sich bei der Pflege der Bühnenkunst nicht mehr um die Befriedigung von Amüsements- und Luxusbedürfnissen der oberen Schichten handelt, sondern daß ein ernstes Kulturproblem zu lösen ist und daß die Ansprüche, die das heutige Theater als vollständiges Kunstwerk an sich stellt, ebenso zu bewerten sind, wie man früher die Ansprüche des Militarismus bewertete, für den keine Kulturverwendung unerlässlich war. Heute sind unsere Behörden von einer solchen Auffassung leider noch sehr weit entfernt. So liegt z. B. die Stadt Berlin es ruhig geschehen, daß die Freien Volkstheater in ihrer Notlage beim Kriegsbeginn dem kapitalistischen Betriebe eines Max Reinhardt überantwortet wurden. Es wäre damals ihre Pflicht gewesen, die Volkstheater in allen Kräfte zu unterstützen. Es ist auch viel bedauerlich, daß sich Volkstheater finden, die für die Bedeutung der Kulturaufgaben kein Verständnis besitzen, und alles nur nach „politischen“ Gesichtspunkten beurteilen.

Aber nicht nur der Staat und die Stadt, sondern auch das Reich; das bisher nichts für das Theater getan hat, muß zur Unterstützung und Pflege einer vollständigen Bühnenkunst herangezogen werden, namentlich jetzt, wo dem Reich gegenüber den Staaten und Kommunen eine erweiterte Finanzhoheit eingeräumt worden ist. Auch die Reichsregierung sollte sich die gründliche Anschauung zu eigen machen, daß die für die Kunst gemachten Aufwendungen keine unproduktiven Ausgaben sind, sondern daß durch sie die Lebensfreude und damit zugleich die Lebend- und Schaffenskraft der arbeitenden Bevölkerung mächtig gehoben wird. Die Freien Volkstheater müßten an das Reich mit Forderungen nach Unterstützung herantreten und zugleich die Organisation der Theaterkonsumenten aller deutschen Städte anregen.

Der Schwankdichter Gustav Oetel ist in München gestorben. Er kamte aus dem bayerischen Bauernblut und befüllte diese Herkunft als urwüchsiger Erzähler. Sein Bestes sind aus dem Bauernhumor handfest gehaltene Anekdoten. Er war zuletzt an der „Jugend“ tätig. Nur 40 Jahre alt ist er geworden. Eine Augenentzündung hat ihn hingerafft. Aus dem gleich anderen Schriften im Verlag Piper, München, erschienenen 15. Band

Dieser Berichtigung stellen wir die amtliche Meldung gegenüber, die am 10. August 1918 den Fortgang Helfferichs meldete. Sie lautete:

Amlich, Berlin, 10. August 1918. Staatsminister Helfferich hatte der Regierung der „Sowjetrepublik“ mitgeteilt, daß die Entwidlung der Verhältnisse in Moskau und besonders die parteifassische Proklamtion der Sozialrevolutionäre über die Anwendung des Terrors als Kampfmittel die persönliche Sicherheit der Mitglieder der Gesandtschaft außerordentlich gefährdet erscheinen ließe.

Um etwaigen Zwischenfällen vorzubeugen, die unter diesen Umständen beim besten Willen fast unvermeidlich erscheinen und die geeignet sein würden, die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der „Sowjetrepublik“ ernsthaft zu gefährden, habe er (Helfferich) die einflussreiche Überredung der Gesandtschaft zusammen mit dem Mitgliedere der Gesandtschaft an einen weniger gefährdeten Ort anzuordnen.

Legationsrat Kiegl ist seither mit den Mitgliedern der Gesandtschaft und einem Teil der in Moskau weilenden Kommission zunächst nach Petersburg abgereist.

Mit Rücksicht auf die Lage in Petersburg, welche derjenigen in Moskau ähnelt, ist die kaiserliche Gesandtschaft sodann angewiesen worden, zunächst Pskow als Aufenthaltsort zu wählen. Die Reise dorthin wird infolge der Störung der direkten Verbindung zwischen Pskow und Petersburg über Selingfors und Reval stattfinden.

Es ist auffällig, daß Herr Helfferich gegen die damalige amtliche Darstellung der Gründe seines Rücktritts nicht protestiert hat, zumal da gerade jener Teil der Presse an diese Darstellung für Herrn Helfferich sehr üble Kommentare knüpfte, der jetzt Herrn Helfferich als Vorkämpfer der alldeutschen Sache in den Himmel hebt.

### Die Unabhängigen gegen die Einigung.

Die „Freiheit“ veröffentlicht eine Mitteilung des Zentralkomitees der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zur Einigungsfrage, die mit folgenden Worten beginnt:

Im Auftrage einer kombinierten Sitzung des Zentralvorstandes und des Berliner Hauptvorstandes der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokraten mit der Zentrale der Sozialdemokratischen Arbeitervereinigungen haben Eduard Bernstein und S. Restriepfe ein Schreiben an uns gerichtet. Danach sollen sie mit den Vorständen der sozialistischen Parteien in Verbindung treten, um die Möglichkeit einer Verständigung für den Kampf gegen die sich immer stärker regende Reaktion mit ihnen zu erörtern.

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei kann bei aller Anerkennung der guten Absichten der hinter beiden Briefschreibern stehenden Körperschaften diese doch nicht als geeignet für den vorgezeichneten Zweck ansehen. Sie kann der Aufforderung daher keine Folge geben.

Gegenüber Anregungen und Vorschlägen, die sich in derselben Richtung bewegen, nimmt die Mitteilung des Zentralkomitees Bezug auf die Erklärung des unabhängigen Abgeordneten Ludwig (Gagen) am 17. November in der Preussischen Landtagsversammlung und auf den Aufruf des Zentralkomitees selber vom 19. November, in dem die Stellungnahme der Gesamtpartei zum Ausdruck gebracht sei. Die Mitteilung schließt mit den Worten:

Das Entscheidende an dieser Mitteilung ist, daß die Unabhängigen den Anregungen der Zentralstelle für Einigung keine Folge geben wollen und positive Einigungsverhandlungen ablehnen. Wir glauben nicht, daß diese Stellungnahme der Stimmung und den Wünschen der großen Mehrheit der Arbeiterklasse entspricht.

Sonnabendnachmittag findet im Reichstagsgebäude eine Besprechung des Vorstandes der S. P. D. mit den Vertretern der Zentralstelle zur Einigung der Sozialdemokratie statt.

Die Schweiz im Bitterbund. Der Nationalrat hat den Beitritt mit 145 gegen 24 Stimmen beschlossen. Der Beschluß unterliegt der Volksabstimmung.

### Sozialpolitik des Theaters und soziale Theaterpolitik.

Vortrag von Dr. Seelig in der Freien Volkstheater.

In dem interessanten Vortrage, den Dr. Seelig, der Theaterleiter des reichlichen Kulturamtes, in der außerordentlichen Generalversammlung der Freien Volkstheater am Donnerstag hielt, wurden folgende Gedankengänge entwickelt:

Alle Aufwendungen, die aus öffentlichen, namentlich städtischen Mitteln für die Theater gemacht wurden, kamen bis zur Revolution fast ausschließlich den besitzenden Massen zugute. Die große Masse sah sich dem Theaterbesuch ausgeschlossen, da sie die hohen Eintrittspreise nicht zahlen konnte. Auf die Bedürfnisse der wohlhabenden Bürgerkreise war infolgedessen auch der künstlerische Wert zugeschnitten. Aber nicht nur der große Teil des Publikums, der Kunstkonsumenten, sondern auch die Kunstproduzenten hatten unter dem kapitalistischen Theaterbetrieb schwer zu leiden. Die Bühnenangestellten wurden in jeder Hinsicht ausgebeutet. Ihnen hat nun die Revolution mit einem Schlag fast alles das gebracht, wonach sie seit Jahrzehnten strebten. Das Tarifgesetz vom Dezember 1918 bietet die Grundlage für eine sehr ausgiebige Entwicklung. Eine planmäßige Arbeitsgemeinschaft aller Theaterproduzenten ist geschaffen worden.

Wie sieht es aber mit den Konsumenten aus? Eine Organisation der Theaterbesucher ist bis heute nicht zustande gekommen, denn die Freien Volkstheater können in den weiten Städten, in denen sie bestehen, nur einen geringen Teil der Bevölkerung erfassen. Da ist es denn die Pflicht der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, die Sache in die Hand zu nehmen und eine großzügige Sozialisierung in die Wege zu leiten. Die Schwierigkeiten sind dabei nicht zu verkennen. Es fehlt an Theatergebäuden, und die Erhöhung der Betriebskosten — eine notwendige Folge der verbesserten sozialen Lage der Bühnenangestellten — legt allen Sozialisierungsversuchen Hemmschübe an. Sollen die Eintrittspreise herabgesetzt werden, so sind bedeutende Zuschüsse für die Theater notwendig. Staat und Gemeinden aber befinden sich in einer schweren finanziellen Notlage. Nun ließe sich durch eine intensivere Ausnutzung aller Betriebsmöglichkeiten schon manche Schwierigkeit heben. Wenn heute neue Theater nicht gebaut werden können, so sollten wenigstens alle Theater, die für gemeinnützige Zwecke geeignet sind, rücksichtslos enteignet und in den Dienst einer vollständigen Kunstpflege gestellt werden, sobald das Kommunalisierungsgesetz die Möglichkeit dazu bietet. In den Privattheatern müßte jeder leerstehende Platz dem minderbemittelten Publikum zur Verfügung stehen und außerdem regelmäßig eine bestimmte Anzahl Plätze für den Volkstum beansprucht werden. Alle Establishments, die lediglich einer niederen Befriedigung dienen, müssen überren Kunstwerken nutzbar gemacht werden. Daneben wäre eine größere wirtschaftliche Ausnutzung

„Die Schürren des Kochs Rang“ geben wir als Spiegel der Art Querschnitt folgende „Legende“:

Der Herr Parrer und der Krautschneider und der Büsten Karl spielen ihren Tarod am Sonntag nachmittag beim Obern Bier in Rittmanning.

Sagt der Büsten Karl: glaubt mir, Herr Hochwürden, das ist im Himmel nicht viel anders wie in Rittmanning. So tun sie auch einmal das Maul aufsperrten zum Gähnen, im Himmel, und haben auch Heilung und meinen: ja, was könnt man jetzt anfangen vor lauter Rongweil?

Und der heilige Sankt Paulus sagt: Altwail die Engelmannsdorf mit der Weigen und die Engerweibel mit den Glangl — Taroden war auch was und Rogelschleiben war auch was.

Der liebe Gott: mir ist's recht.

Der heilige Sankt Peter: Taroden war mir lieber; ich bin ein bissel müd und in der Früh um Bier sind noch ein Duzend arme Seelen gekommen und waren lauter Rabete. Die höchstürzen halt viel.

Ja, einen Tarod, sagt der heilige Sankt Paulus.

Geht also grad ein schöner Tarod zusammen, sagt der liebe Gott.

Das erste Solo hat der liebe Gott kriegt; hat Herz heißen und hat nur fünf Trumpf gehabt.

Der heilige Sankt Petrus spielt's gut und hat den hohen Gott trumpfieren gemacht. Hat schon die Herzog heimstochen müssen, der liebe Gott.

Der heilige Sankt Paulus sagt: das wird halt auch deiner Lebtag nicht gewinnen! und spielt die Edelack auf.

Sticht der liebe Gott wieder mit der Herzog.

Fach auf, Peter! mischert der heilige Sankt Paulus.

Und die zwei passen schart auf wie die Dinstelmacher.

Und wieder Schellen! schreit der heilige Sankt Peter.

Beschoten! sagt der liebe Gott und haut den Bier mit der Herzog zusammen.

Aber da schmeißt der heilige Sankt Peter die Karten auf den Tisch und schreit: lieber Gott, wann wir taroden, dann mach deine Wunder schon dahinkommen!

Schweis, Petzl, drum ist's im Himmel nicht anders wie in Rittmanning, sagt der Büsten Karl; und der Krautschneider und ich passen auf wie der Peter und der Paulus. Da muß schon das Demopol sein lassen, Herr Hochwürden.

Der babilische Theaterkrieg wurde folgendermaßen beigelegt: Dr. Stöckl erklärt, daß er den Protest gegen Anrenbant auch hinsichtlich seiner Form und seines Zeitpunktes als verfehlt ansieht. Die Bühnenangestellten gibt zu, daß ihr Vorgehen gegen Dr. Stöckl ein formeller Fehler war.

Theater. Die für Sonntag, den 22. November, angelegte Nachmittagsvorstellung des Verbandes der Freien Volkstheater von „Jugend“ im Deutschen Opernhaus, Charlottenburg, muß infolge Belagerung des technischen Personals zur doppelten Arbeitstellung an diesem Tage ausfallen.

Keine Rolle — keine Theaterkritik. In Helgen verführte dieser Tage der Anblick eines Wandtheaters: „Am das Theater gehend zu erwärmen. Können nur an die Bühnen Karten zum Verkauf abgegeben werden, die pro Bilet ein Bilet abliefern.“

# Der Unabhängige Parteitag.

Der wegen der Verkehrssperre vertagte Leipziger Parteitag der Unabhängigen ist nun auf den 30. November festgesetzt worden. Die Frauenkonferenz beginnt bereits am 29. November.

**Reaktion in Rathenow.** Zu dem unter dieser Epithete in Nr. 574 mitgeteilten Vorfall bittet der Direktor des dortigen Realgymnasiums mitzuteilen, daß die Träger des roten Abzeichens von ihm nicht getötet wurden. Wir freuen uns dieser Tatsache, die sich allerdings nach dem herausfordernden Verhalten der Schüler, die sich mit schwarz-weiß-roten Abzeichen schmückten, als eine Selbstverständlichkeit darstellt.

## Groß-Berlin

### Fahrgasthänderei.

Aus alten Soldatenhändereibetten im Reichstag erinnert man sich des lakonischen Kunstgriffs gewisser Träger des „Leitenden Geistes“ vom altpreussischen Kommiss, ihre Opfer längere Zeit Kniebeuge machen zu lassen, so daß die armen Teufel schließlich an allen Gliedern stieren. Ist der Kniebeuge noch aus diesen Häusern los — aber jetzt haben wir ziemlich dasselbe in Zivil. Man braucht nur in der Hoch- und Untergrundbahn (in der Pau-Wahn) 20 Minuten lang zu stehen — an die Sitzenden angelehnt, bewegungsunfähig auf einem oder 1 1/2 Weinen stehend und diese noch in unruhiger Bewegung, dann ist die Wirkung genau dieselbe. Wie wäre es mit der Angliederung kleiner Turnhallen an die Hauptstationen zur Wiederherstellung des Blutkreislaufs?

### Geheimnißvoller Mord auf einem Gutshof.

Gestern nachmittags wurde die Rentiersfrau Bergemann in der Scheune der Besitzung ihres Schwiegervaters in Liebenwalde (Mark) ermordet aufgefunden. Der Schädel war eingeschlagen; ein Knebel schloß den Mund und die Arme waren am Körper festgebunden. Von Seiten der Liebenwalder Wehrbehörde wurde noch in der Nacht die Berliner Kriminalpolizei um Hilfe angerufen. Inzwischen ist festgestellt worden, daß am Abend vor dem Mord von dem Besitzer Günter zwei junge Männer, als Arbeiter auf jenem Hof angenommen waren. Der bisherige Arbeiter und seine Frau hatten den Dienst aufgesündigt und sind gestern früh nach Berlin gezogen. Die neuen Arbeiter haben Günter nach der Wahn gefahren und sind mit dem Wagen wieder zurückgekehrt. Sie sind im Laufe des Vormittags mit dem Wagen wieder weggefahren. Das Gespann fehlt. Es besteht der dringende Verdacht, daß diese beiden Männer den Mord an der alten Frau verübt haben. Es ist wahrscheinlich, daß sie nach der Rückkehr vom Bahnhof, als die Frau allein auf dem Hof vorstand, räubern wollten und dabei von Frau Bergemann gestört worden sind. Es kann aber auch möglich sein, daß sie die Frau vorher fesselten und inebeln und, als sie sich wehrte, erschlugen und dann erst den Mord ausführten und mit der gestohlenen Beute auf dem Gespann die Flucht ergriffen. Die Spur der Täter führt nach Berlin.

### Der Entsefflungskünstler als Kircheneindringler.

Zu der Nacht zum Dienstag wurde in Romowes die Bekleidungsbranche von Einbrechern heimgesucht. Diese erbeuteten u. a. Altardecken, große Beuchter, eine silberne Kanne, verschiedene Tücher und einen wertvollen Teppich und entliefen damit, ohne daß jemand etwas gemerkt hätte. Die Spur der Verbrecher führte nach der Ackerstraße. Hier verkehrten in einer Schankwirtschaft Leute aller Art, die gestohlene Ware handelten und andere auch wieder von der Wirtschaft aus verkauften. Am Dinstag wurde das Hof ausgedehnt und unter den Gästen einer der Kircheneindringler, ein Marose Klugner, bei ein Geständnis abgelegt, festgestellt. Auch andere von der Kriminalpolizei eintreffende gestohlene Beute gerieten bei dieser Gelegenheit in die Hände. Eine Durchsuchung der Wirtschaft führte die ganze Beute aus der Bekleidungsbranche zutage. Der Wirt wollte nicht wissen, wie diese Sachen in seine Räume gekommen seien. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß der „Unbekannte“ ein hervortretender Entsefflungskünstler Jacques Schmitz war, der früher auf bedeutenden Varietébühnen aufzutreten pflegte. Als er in Spandau verhaftet werden sollte, wandte er sich zur Flucht und zog aber zugleich seine Pistole. Als er auf wiederholten Anruf nicht stand, gaben die Beamten drei Schüsse auf ihn ab, von denen einer ihn in die rechte Wade traf. Jetzt gab er sich gefangen und ließ sich abführen. Die gestohlene Beute kam wieder bis auf einige Kleinigkeiten zu ihrem Eigentum. Der dritte Verbrecher wird noch gesucht. Es ist bereits festgestellt, daß er zwar meist mit dem Vornamen Paul genannt wird, aber auch den Namen Billy Vorhardt geführt hat.

**Die Beamten gegen die Gehaltsvorläufe des Magistrats.** Die Verhandlungen zwischen den Gemeindebehörden Groß-Berlins und dem Kommunalbeamtenverband Groß-Berlin über eine Befoldungsreform sind beendet. Der Berliner Magistrat hat gestern, wie schon berichtet wurde, dazu Stellung genommen. Er will die Teuerungszulagen bezweifeln, die weiblichen Beamten, Angestellten und die Lehretinnen geringer bezahlen als die männlichen Kollegen; er ist auch in anderer Hinsicht von den bisherigen Vereinbarungen mit den Pensionsberechtigten abzuweichen. Die Beamten, dauernd Angestellte, Lehrer und Lehretinnen veranlassen daher am Sonntag, den 23. d. M., vormittags 10 Uhr, zwei Protestversammlungen in den Germania-Prochaden, Chausseest. 110, und im Kriegervereinshaus, Chausseest. 94, um gegen diese Absicht Stellung zu nehmen.

**Von der Arbeit in den Tob.** Ein schwerer Eisenbahnunfall hat sich, wie uns erst jetzt gemeldet wird, am letzten Dienstag, nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr, auf der Strecke Fürstendamm—Jungfernheide zugefallen. Beim Durchfahren einer Kurve sprang die Locomotive mit Arbeitern vollbesetztem Abteil auf, dadurch wurden vier Personen aus dem in voller Fahrt befindlichem Zuge herausgeschleudert. Drei davon fand man später mit entsetzlichen Verletzungen tot auf, während der vierte, der auf einen Schneehaufen gefallen war, mit leichten Verletzungen davonkommen ist. Von den Toten sind bisher festgestellt Schloffer Ernst Eplith, Hausknecht 8, und Arbeiter Koczmarcz, Eidenstraße. Augenzeugen des tragischen Unfalls werden gebeten, sich bei Wilhelm Serba, Vilenitz 13, zu melden.

**Gezetterter Raubmord.** In der Schankwirtschaft von Fritz Meßel an der Ecke der Brandenburgerischen und Ravensberger Straße in Berlin-Wilmersdorf erschienen gestern Abend zwei Gäste. Die mehrere Glas Bier und Schnäpfe tranken. Bei Eintritt der Angehörigen, als außer ihnen niemand mehr in dem vorletzten Schankraum war, während in einem anderen Zimmer noch einige Gäste saßen, darunter zufällig auch Kriminalbeamte, fragte einer der beiden, indem er an den Schankwirt herantrat, den Wirt, ob er ihm nicht 2000 M. geben wolle. Meßel erwiderte, „er sei wohl nicht ganz reich“. Jetzt zog aber der Gast eine Pistole aus der Tasche und hielt sie mit den Worten: „Na, wenn Sie nicht freiwillig wollen“ dicht vor die Brust. Der Wirt ging auf das Verlangen der Räuber zum Schenke ein und begab sich mit dem einen Gast nach dem Schankraum, während der andere die Wirtschaftlerin in Schach hielt. Als er nicht machen wollte, verbot ihm das der Verbrecher mit dem lauten Ruf: „Kein Licht machen, ich habe eine Laterne!“ Das hörten die anderen Gäste. Sie sprangen

herbei gerade in dem Augenblick, als Meßel trotz des Vorfalls dennoch das Licht anzündete. Jetzt haben die Räuber ihren Plan vereitelt und ergriffen die Flucht. Die Kriminalbeamten nahmen die Verfolgung auf und schossen mehrmals hinter den Verbrechern, die ihre Kastrate nicht hochhalten, her. Trotzdem erlitten beide in der Dunkelheit.

Vermißt wird seit dem 14. November der 33jährige Kaufmann Siegfried Brückmann, der bisher in Potsdam, Brandenburgerstraße 16, wohnte. Es wird angenommen, daß er in geistiger Verwirrung umherirrt. Angaben über ihn sind zu richten an das Polizeipräsidium Charlottenburg, Zimmer 288.

**Das Nulken für Vorkinder** ist wegen Kohlenmangel bis auf weiteres gestoppt.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

**Brut.** 24 bis 30 Nov. 150 Gramm Eierstöcke (107). — Für Kriegsheilädigte: 1 Pfund Gries oder Eierstöcke (10). — Für werdende Mütter und für Kinder: 250 Gramm Rindergeweihe (18), 250 Gramm Wurmleber (88), 1 Pfund ausländische Eierstöcke (50), 500 Gramm Kartoffelmehl (94), 1 Schale Reisgerst (Vollkorn) (1). — **Arbeitskräfte:** Kefir, morinierte Sardinen, Feingee. **Lebensmittel.** 24 bis 30 Nov. 150 Gramm Rindergeweihe (103), 60 Gr. Karanin (P 21), 125 Gramm getrocknete Kartoffelknollen (19). **Tropfen.** 24 bis 30 Nov.: 250 Gramm Wurmleber (97), 150 Gr. Eierstöcke (102). Für Jugendliche: 250 Gramm Schokolade (46), für Personen über 60 Jahre 2 Pakete Nulkenpulver (25), 250 Gr. Kartoffelknollen (1, 20). **Friedrichshagen.** 150 g Reis (55), 125 g Teigmaren (64). **Regel.** 24 bis 30 Nov. 150 g Eierstöcke (101), je 250 g = 750 g Gerstenmehl (W. X und Z 24) für Kinder 250 g Rindergeweihe (10) und 2 Packen Nulkenpulver (18). Für ältere Leute 125 g Reis und 2 Packen Nulkenpulver. **Romowes.** 150 g Weizen (101), 250 g Hüllensrübe (17), 250 g Pfannkuchen (28), 125 g gemalt. Weizenmehl (L 20), 300 g Eierstöcke (46), 1 Pfund-Loch Nulkenpulver in Weide (3). Unschmelzbar am Montag und Dienstag abgeben. Ausgabe Freitag bis Sonntag.

### Theater der Woche.

Vom 24. bis 30. November.

**Vollstühle:** 24. Wilhelm Tell, 25. 26. 27. 28. 29. 30. I. Prebil in Wien, 25. 26. 27. 28. 29. 30. Der Barbier von Sevilla, 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

## Gewerkschaftsbewegung

### Die Lehren des Metallarbeiterstreiks.

In einer am Freitag abgehaltenen sehr stark besuchten Versammlung der auf dem Vorden der S. P. D. stehenden Funktionäre der Metallarbeiter führte der Referent Gabaß unter anderem aus: Eine Sitzung der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes am 27. Mai stellte sich fast einmütig auf den Boden des Kollektivvertrages. Am 29. Juni bekräftigte die Ortsverwaltung diesen Standpunkt durch den Beschluß, der Generalversammlung am 29. Juni den Umbau und Ausbau des Kollektivvertrages zu empfehlen. Aber in der Generalversammlung hat Ruch den Standpunkt der Ortsverwaltung nicht vertreten, sondern es der Versammlung überlassen, welche Stellung sie zum Kollektivvertrag einnehmen soll. Sie hat dann die Kündigung desselben beschlossen. Laß sagte dazu, so wie der Beschluß gefaßt sei, wäre er nicht ausgeführt worden, wir müßten uns auf den Boden der tatsächlichen Verhältnisse stellen, ohne Rücksicht auf das politische Ergebnis. Die Dinge nahmen nun den bekannten Verlauf. Nach der Kündigung des Vertrages kam es zu Verhandlungen und zum Schiedspruch am 21. August. Als die Ortsverwaltung am 24. August über denselben verhandelte, wurde die Annahme des Schiedspruchs befürwortet mit der Maßgabe, die einzelnen Branchen sollten versuchen, mehr herauszuholen als ihnen der Schiedspruch zubilligte. Dagegen erklärte Ruch, das könne nicht empfohlen werden, denn sonst würden die Unternehmer mit Recht sagen können, wir seien nicht ernst zu nehmen, wir seien nicht tarifstreu.

Der Redner schilderte den bekannten Verlauf des Streiks und führte Beispiele dafür an, daß das Statut verletzt worden ist, indem in einer Reihe von Betrieben der Streik ins Werk gesetzt wurde, obgleich die vorgeschriebene Dreierleiterschaft für denselben sich nicht ergeben hatte. — Als es sich darum handelte, die Maschinen und Heizer zum Sympathiestreik zu veranlassen, wurde erklärt, die Stimmung derselben sei derart, daß man sie nicht aus den Betrieben herausbringen könne. Aber man tröste sich mit der Hoffnung, daß es gelingen werde, die Stimmung zu heben. Ein Beschluß wurde verschoben, um erst die Stimmung zu erforschen. Schließlich wurde dann das bekannte Ultimatum der Maschinen und Heizer gestellt, wodurch die Unternehmer zur Verhandlung gezwungen werden sollten. Als dann die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden und die Einigung in Aussicht stand, beschloß die Streikleitung trotzdem mit der Verschärfung des Streiks. Alles sollte aus den Betrieben herausgeholt werden. Bei dieser Gelegenheit erklärte ein Vertreter der Fabrikarbeiter: wenn in der Schmiedindustrie gestreikt werde, würde durch den gänzlichen Stillstand der Betriebe eine derartige Wirkung eintreten, daß 14 Tage nach dem Ende des Streiks nicht gearbeitet werden könne. Darauf entgegnete ein sehr bekanntes Mitglied der Streikleitung:

Von solchen Streikern müßte man sich freimachen.

Während immer betont wurde, es handle sich um einen rein wirtschaftlichen Kampf, wurde, als der Generalstreik ins Werk gesetzt

werden sollte, ausgesprochen, die revolutionären Parteien unterstützen den jetzt politisch gewordenen Streik. — Der Streik hat der Hauptkasse des Verbandes 18 Millionen und der Lokalkasse 2 1/2 Millionen gekostet. Durch den Berliner Streik hat man dem neugewählten Verbandsvorstand den denkbar schlechtesten Streich gespielt. Die ihn gewählt haben, erwarten von ihm eine andere Taktik als die des alten Vorstandes. Jetzt muß aber der neue Vorstand, weil die Kasse geleert ist, viel mehr bremsen, als es der alte Vorstand jemals getan hat. Wir haben aus dem Streik die Lehre zu ziehen, daß die angewandte Taktik nicht die richtige war und daß wir zu einer vernünftigen gewerkschaftlichen Taktik zurückkehren müssen. (Beifall.)

Sehn führte aus, bei diesem Streik sei in der gewissenhaftesten Weise mit der Existenz der Kollegen gespielt und viele von ihnen wirtschaftlich ruiniert worden.

Daß auch der Verbund auf das schwerste geschädigt worden sei. Ferner sei das Mundschreiben des Hauptvorstandes, woraus hervorgeht, daß der Berliner Streik die Mittel des Verbandes soweit aufgebraucht hat, daß Lohnkämpfe vorläufig nicht mehr geführt werden können, sondern die Lohnbewegungen im Verhandlungswege erledigt werden müssen. — Die gewissenlose Taktik der Berliner Streikleitung habe also den Verband kampfunfähig gemacht.

Nachdem noch einige Redner die Taktik der Streikleitung beurteilt hatten, führte Cohen aus: Die Logik und der gesunde Menschenverstand haben bei diesem Streik Futzgebäume geschlagen. Wer hatte eigentlich die Leitung des Streiks. Man weiß nicht, war es die Fünfzweckkommission oder die Gewerkschaftskommission, der Vollzugsrat oder die Leitung der U. S. P. (Zuruf: Ober Lebedoux?) Es scheint,

daß jede dieser Stellen in dem Topf gerührt hat,

und da ist dann der Streik gründlich verdorben. Dieser Streik hat niemanden mehr genützt als den Kommunisten. Einer der Kommunisten hat ja erklärt, die Gewerkschaften müßten so oft wie möglich in Streiks gedrängt werden, damit sich ihre Mittel erschöpfen. Das sei dann die Zeit, wo die Kommunisten am besten für ihre Betriebsorganisationen und ihre syndikalistischen Ideen Stimmung machen können. — Es ist eine grenzenlose Dummheit, wenn dieselben Leute, die am 21. August erklärten, an Streik sei nicht zu denken, trotzdem in plumper Weise zum Streik angereizt haben. Als sich die Berliner Streikleiter vom Verbandsvorstand in Stuttgart verabschiedeten, erhielten sie vom Vorstand die Weisung, mit dem Streik ein Ende zu machen, und sie antworteten, es bleibe ihnen nichts anderes übrig. Sie wußten also, was sie tun wußten, um den Verband im übrigen Deutschland nicht kampfunfähig zu machen. Trotzdem wagen diese Heuchler, die Schuld für den ungünstigen Ausgang des Streiks auf andere abzumwälzen. Diese Feiglinge haben nicht den Mut, die Verantwortung für ihre Handlungen auf sich zu nehmen. Unter Verdrehung der Tatsachen sucht man die S. P. D. und ihre Presse für den unglücklichen Ausgang verantwortlich zu machen. Dann hat man versucht, die Cessantität glauben zu machen, der Generalstreik würde den beabsichtigten Erfolg bringen. Zu gleicher Zeit hat man aber im internen Kreise erklärt, an einen Generalstreik sei nicht zu denken. Trotzdem ist man aber mit dem Verlangen des Generalstreiks an die verantwortlichen Stellen herantreten, weil man wußte, dort sitzen Leute, die im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit den Generalstreik ablehnen würden, worauf man dann sagen konnte, die Metallarbeiter seien verraten worden. Zug und Trug, Feigheit, Verleumdung, Unethizität, dadurch sind die neuen Wege gekennzeichnet, die die neue Leitung einschlägt. Wir wehren uns dagegen, daß unsere Organisation solche Wege einschlägt und

daß sie eine Abhängigkeit der U. S. P. wird.

Das Resultat des Streiks ist, daß er den Kommunisten und Syndikalisten die Wege geebnet hat. Wir treten für den gesunden gewerkschaftlichen Gedanken ein und gehen, entsprechend dem Rührberger Beschluß, dem Weg des Sozialismus. Wer für die Vermittlung des Sozialismus kämpfen will, der ist uns willkommen. Wer aber die Versammlungen unseres Verbandes mißbraucht, um die Kollegen, die über den Weg zum Sozialismus anderer Meinung sind wie er, mit Schmutz zu bewerfen, den bekämpfen wir ganz entschieden. (Beifall.) Als der Streik auf die Nacht dem Verband der Metallindustriellen angehörenden Unternehmer ausgedehnt wurde, da wußte die Streikleitung, daß dadurch nichts zu erreichen ist. Trotzdem hat sie mit unglaublicher Leichtfertigkeit 40 000 Arbeiter, die meist im Tarifverhältnis standen, in den Streik hineingezogen und ihnen erst nochher gesagt, daß sie keine Streikunterstützung bekommen. Nicht geschwächt, sondern gestärkt hat man die Position der Unternehmer durch diesen Sympathiestreik. — Ob man uns das Verschleiben im Verbandsmitglied, läßt sich nicht sagen, denn von uns hängt es nicht ab. Aber selbst wenn es uns gelingt, die Wechsell unserer Mitglieder für den gesunden gewerkschaftlichen Gedanken zurückzugewinnen, dann haben wir noch schwere Kämpfe zu führen, um unseren Einfluß auf die Verbandseinrichtungen, besonders unsere Zeitung, die jetzt zu einem Räteorgan geworden ist und eine Stoff bietet, die der größte Teil der Mitglieder ablehnt. Aber wir werden den unermüdlichen Kampf für die Gesundung des Gewerkschaftslebens mit aller Entschiedenheit führen. (Lebhafter Beifall.)

### Skandalöse Verzahnung bei der Reichs- und Staats-schuldenverwaltung.

Ein Beisitzer des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin, der vor einigen Tagen in einer Streiksache mitwirkte, die der Angestelltenauschuß vertreten durch den Rentnerverband der Angestellten, gegen die Reichs- und Staatsschuldenverwaltung, Odeonsstr., angestrengt hatte, schreibt und:

Seit Juni dieses Jahres versuchen die Angestellten der Reichs- und Staatsschuldenverwaltung vergeblich, bessere Existenzbedingungen zu erhalten.

An die Spitze bei der Reichsschuldenverwaltung beschäftigten Hilfsarbeiter werden 125 M. monatliches Gehalt gezahlt, ohne Rücksicht darauf, ob der Angestellte verheiratet, ledig oder Familienvater ist. Zu diesen Gehaltsstufen treten die für die Beamten in Geltung befindlichen Teuerungszulagen, und zwar in Höhe von 200 M. für Verheiratete und 50 M. für jedes zu unterhaltende Kind und 150 M. für ledige Angestellte.

Aus der Verhandlung ging hervor, daß der Präsident der Reichs- und Staatsschuldenverwaltung wiederholt durch Drohungen den Angestelltenauschuß veranlaßt hat, die Angelegenheit vom Schlichtungsausschuß zurückzuziehen. So ist es infolge des Eingreifens des Präsidenten der Reichsschuldenverwaltung gelungen, die Angestellten von ihren berechtigten Forderungen zurückzuhalten. Neuer Verhandlungstermin bezüglich der Gehalts- und Beschäftigungsbedingungen soll am Sonntag, den 22. d. M., stattfinden.

Um dem Angestelltenauschuß die Möglichkeit zu nehmen, in diesem Termin vertreten zu sein, hat man einfach kurzerhand den

